

Aus nah und fern

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université**

Band (Jahr): **31 (2005)**

Heft 2-3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Bücher über Wissenschaft

- Philipp W. Balsiger, **Transdisziplinarität**. Systematisch-vergleichende Untersuchung disziplinenübergreifender Wissenschaftspraxis, W.Fink Verlag München 2005, 326 S., Euro 326.
- Hans Joas/Hans G.Kippenberg (Hg.), **Interdisziplinarität als Lernprozess**, Wallstein Verlag, Göttingen 2005, 96 S., Euro 16.--
- Jost W.Kramer (Hg.), **Hochschulen im Spannungsfeld zwischen Lehre und Forschung**, R.Hampff Verlag München, 202 S., Euro 22.80
- Andreas Liesner/Olaf Sanders (Hg.), **Bildung der Universität**, transcript Verlag, Bielefeld 2005, 164 S., Euro 18.80
- Ulrike Senger, **Internationale Doktorandenstudien**, Hrsg.: Hochschulrektorenkonferenz, W.Bertelsmann Verlag Bielefeld 2004, 300 S., Euro 14.90
- Hans Christian von Baeyer, **Das informative Universum**. Das neue Weltbild der Physik, C.H. Beck Verlag München 2005, 285 S., Euro 24.90
- Klaus Bergdolt, **Das Gewissen der Medizin**. Ärztliche Moral von der Antike bis heute, C.H. Beck Verlag München 2004, Euro 29.90
- Hans-Peter Schreiber (Hg.), **Biomedizin und Ethik**. Praxis-Recht-Moral, Verlag Birkhäuser, Basel u.a., 2004, 142 S., Euro 19.80
- Hermann Zabel (hg.), **Deutsch als Wissenschaftssprache**. Thesen und Kommentare zum Problemkreis "Denglisch", IFB Verlag, Paderborn, 2005, 158 S., Euro 15.--

Aus nah und fern

Vom Studienaufbau zu Fragen der Qualität

Europäische und schweizerische Bologna-Halbzeitbilanz

An der Bildungsministerkonferenz in Bergen über den Stand der Bologna-Studienreform hat sich bestätigt, dass die Schweiz gut im Rennen liegt. 2006 sollen alle Studiengänge – einschliesslich Medizin – nach dem neuen System beginnen. Zunehmende Bedeutung erhalten die Qualitätssicherung und die Koordination der Studienziele.

C. W. Bern, 23. Mai

In Norwegen haben die Bildungsminister von mittlerweile 45 Staaten zum dritten Mal über die Entwicklung eines europäischen Hochschulraums beraten, die 1999 mit der Erklärung von Bologna eingeleitet worden war. Die bis 2010 abzuschliessende Reform, lautete die Zwischenbilanz, über die am Montag in Bern informiert worden ist, komme gut voran, in den meisten Ländern gelte die neue Studienstruktur (Bachelor-, Master- und Doktorats-Stufe) schon für mehr als die Hälfte der Studierenden. Für die nächste Phase setzten die Minister Akzente auf die Qualitätssicherung, die Festlegung der jeweiligen Studienziele, die Forscherausbildung und die Vermeidung einer sozialen Diskriminierung.

Autonomie begünstigt Reformen

Die Schweiz schneide im europäischen Vergleich gut ab, sagten Staatssekretär Charles Kleiber und Mathias Stauffacher, Generalsekretär der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten. Als gute Voraussetzung für die Reform erweise sich die relativ grosse Autonomie der Hochschulen und ihrer Koordinationsorgane, gerade auch bei Studienrichtungen, die unter anderem auf staatlich geregelte Berufe vorbereiten. Die Neugliederung und das Punktesystem für die Messung und Anrechnung von Leistungen seien nicht nur Fassade, sondern mit einer Erneuerung des Studiums verbunden. Gleichzeitig erhielten die Schwerpunktsetzung und die Kooperation der Universitäten einen starken Impuls.

Umstellung auch in der Medizin

Bisher ist etwas mehr als die Hälfte der universitären Studiengänge umgestellt worden. Einige Institutionen und Fakultäten gingen rasch vor, andere wollten speziell im Bereich der Geisteswissenschaften das Risiko, bald wieder Korrekturen vornehmen zu müssen, vermeiden. Wegen Ungewissheiten um die Regeln und der Instabilität des Systems seien viele Studierende in der Reformphase unzufrieden, räumte Kleiber ein. Im Herbst 2006 werden alle Studiengänge nach der neuen Ordnung beginnen. Wer im alten System eingestiegen ist, wird aber noch in diesem ab-

schliessen. Als eines der ersten Länder wird die Schweiz bis 2006, allenfalls 2007, auch das Medizinstudium neu gliedern. Mit Blick auf das breite Spektrum medizinischer Berufe soll es mehrere Bachelor-Ausbildungen geben, auf die unter anderem eine Master-Stufe für Ärzte aufbaut. Die Reform soll nicht von der neuen Gesetzesgrundlage abhängen, die im Juni in den Erstrat gelangt.

Die Fachhochschulen stellen im Herbst auf das Bachelor-Studium um. Nach Ausführungen von Eric Fumeaux, Direktor des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie, sind etwa drei Viertel der Programme schon genehmigt. Die Master-Angebote, von denen, wie man annimmt, etwa ein Viertel der Absolventen Gebrauch machen dürften, folgen anschliessend, also 2008 – mit Ausnahme der Architektur, wo die Neuerung zusammen mit einer Konzentration schon dieses Jahr vorgenommen wird. Als eine der Herausforderungen nannte Fumeaux die Bewahrung der Orientierung auf den Markt.

Rahmen für die Studienziele

Zu den Problemen, die im europäischen Statusbericht erwähnt werden, gehören Zweifel an der Praxistauglichkeit des Bachelor-Abschlusses. In der Schweiz setzen mehr als 80 Prozent der bisherigen Absolventen das Studium auf Master-Stufe fort. Um die Bedeutung der Diplome zu klären und die angestrebte Mobilität tatsächlich zu fördern, wollen die Bildungsminister die Studienziele umschreiben. Ausgehend von einem sehr allgemeinen europäischen «Qualifikationsrahmen» sollen auf nationaler Ebene die jeweiligen Kompetenzen und Fähigkeiten festgehalten werden. Im Fachhochschulbereich haben diese Arbeiten bereits begonnen. Im Blick sind zwar die Resultate und nicht die einzelnen Inhalte eines Studiengangs. Doch dürften die Grenzen fließend sein. Jedenfalls sind teilweise Absprachen nötig, welche Kenntnisse wann vermittelt werden, wie Stauffacher sagte; denn wenn sich die an verschiedenen Studienorten vermittelten Kenntnisse nicht zu einem wesentlichen Teil decken, stossen Studierende an einer anderen Hochschule auf Schwierigkeiten und bleibt die Mobilität ein Versprechen.

Zu den Folgen der Europäisierung der deutschen Hochschulen aus betriebswirtschaftlicher Sicht

Als Humboldt die deutschen Universitäten zu dem machte, was sie bis vor der allgemeinen Bolognaisierung waren, hatten er und seine Mitkämpfer Stein, Hardenberg und Scharnhorst königliche Rückendeckung. Doch die Universitätsreformer von damals waren gebildete, unabhängige Männer, sie strebten nach dem Wohle des Staates. Die Europäisierung der Hochschulen ist ebenfalls von oben verordnet, sie kommt direkt aus den Wissenschaftsministerien, wo die alten Prinzipien von Bildung durch Wissenschaft und die Einheit von Forschung und Lehre allerdings durch Floskeln wie „Brain up“ und „Gender Mainstreaming“ abgelöst werden.

Es wird zwar von Elitehochschulen geredet, doch gleichzeitig werden Hochschulen wie Unternehmen gesehen, was sich in Hochschulgesetzen wie dem baden-württembergischen zeigt, wo die Hochschulleitungen als Vorstand und Aufsichtsrat firmieren. Kritik am Bologna-Prozess der Hochschulen kam bisher vor allem von amerikanischen und deutschen Geisteswissenschaftlern, nun hat auch der Betriebswirtschaftler an der Fernuniversität Hagen, Thomas Hering, eine Analyse der modernen Universitätslandschaft vorgelegt. Erschienen ist sie in dem von Frank Keuper und Christina Schaefer vorgelegten Sammelband „Führung und Steuerung öffentlicher Unternehmen“, der im Berliner Logos Verlag erschienen ist. Er sieht die mutwillige Zerstörung der Humboldtschen Universität als zweite Stufe eines antielitären Prozesses, der mit der Abschaffung des humanistischen Gymnasiums begonnen hat. Eine hochgradig ideologische, weltfremde Schulpolitik habe die Symbiose zwischen Gymnasium und Universität ausgelöscht, schreibt Hering. Die Ziele der Hochschulrevolution stünden der Unredlichkeit den fiskalischen Absichten, der Haushaltsentlastung durch Kostensenkung für Forschung und Lehre sowie Erzielung von Erlösen über Drittmittelforschung und Weiterbildung, in nichts nach.

Besonders drastisch beschreibt der Wissenschaftler die Folgen der W-Besoldung.

Die Politik verlange mehr Leistung für das gleiche Geld und spreche damit offen aus, daß sie die bisherigen Amtsinhaber für faul und pflichtvergessen halte. Daß ein solches gehässiges Nullsummenspiel niemanden motiviere, verstehe sich von selbst. Während die Hochschulrevolutionäre in den Wissenschaftsministerien so täten, als sei die bisherige leistungsorientierte C-Besoldung leistungsfeindlich und müsse neu erfunden werden, führe die W-Besoldung dazu, daß keine Fakultät mehr wirklich gute Kollegen berufe, denn sie griffe sich ja selbst in die Tasche. „Die Anreize dieses undurchdachten Systems schaden den besten Bewerbern und fördern die Berufung mediokrer Stelleninhaber, weil diese voraussichtlich keine Chance haben werden, ihren älteren Kollegen die ‚leistungsorientierten‘ Zulagen streitig zu machen. Bisherige Amtsinhaber würden demotiviert, gute Nachwuchskräfte gegenüber schlechten benachteiligt und deshalb gerade die besseren Absolventen wegen verschlechterter Berufungs- und Verdienstmöglichkeiten von einer Universitätslaufbahn abgeschreckt.“ Es ist nur konsequent, daß Hering deshalb auch die Einführung des Juniorprofessors für einen Fehlschlag hält. „Mit dem antielitären Ansatz, vom promovierten Nachwuchs einerseits weniger wissenschaftliche Leistung zu verlangen und ihm andererseits (neben einem Phantasie-Professorentitel) schon das Promotionsrecht zu geben, korrespondiert der Wunsch, dem im Vergleich zum Privatdozenten wenig konkurrenzfähigen Juniorbewerber zu einer gewerkschaftsmäßigen Arbeitsplatzsicherheit zu verhelfen“, heißt es in Herings Aufsatz. Der üblich gewordene „tenure track“ verströme eine starken Geruch von Vetternwirtschaft und Ämterpatronage, welcher mit den Qualitätsmaßstä-

ben bisheriger Berufungskommissionen nichts gemein habe. Erhellend sind vor allem seine Bemerkungen zu den geplanten Führungsstrukturen in den Hochschulen. Im Unterschied zur privaten Wirtschaft gelte für die Universitäten nur das Wirtschaftlichkeitsprinzip im Sinne einer Nichtvergeudung öffentlicher Mittel, aber nicht das erwerbswirtschaftliche Prinzip. Deshalb sei das Ziel einer Gewinnmaximierung wie Aktiengesellschaften mit der öffentlichen Aufgabe der Universitäten nicht in Einklang zu bringen. Vor diesem Hintergrund sei die baden-württembergische Vorstellung, die Uni-

versität durch einen „Vorstand“ leiten zu lassen, absurdes Theater. Der Rektor könne den Professoren keine Anweisungen erteilen, da sie nicht seine Untergebenen seien und gemäß Grundgesetz im Interesse der Wissenschaft auch nicht werden dürften. Viele Bundesländer versuchten, Senat und Fakultätsrat als kollegiale Mitbestimmungsgremien zu entmachten, die Kompetenzen von Rektor und Dekan hingegen maßgeblich zu stärken. Offensichtlich werde auch hier mit

„Universität“ hatte einmal etwas mit Bildung zu tun. Die jüngsten Vorschläge zur „Europäisierung“ der Hochschulen lassen von diesem Ideal freilich kaum noch etwas übrig. Eine Studie zeigt, warum nicht alles „Wirtschaft“ sein kann.

dem vauseilenden Gehorsam und der Konfliktscheu von Professoren gerechnet. Zur Stärkung der Dekane und Rektoren trete die offene Einflußnahme hochschulfremder, mit wissenschaftlichen Angelegenheiten nicht vertrauter Personen aus Wirtschaft und Politik in Hochschulräten. Die Zusammensetzung dieser Gremien, so Hering, lasse vermuten, daß ihnen wissenschaftliche Gesichtspunkte wenig, politisch-soziale Weltverbesserungspläne und praxisorientierte Vorstellungen der Wirtschaft viel bedeuten würden.

Wenn die Leistungsfähigkeit eines Hochschullehrers und einer Universität an der Anzahl der Absolventen gemessen werde, wäre diejenige Universität erfolgreich, die

alle Maßstäbe aufgeben und jeden durch die Prüfung kommen lasse, sei er noch so schlecht. „Wenn so eine sozialistische Tonnenideologie gewünscht ist, kann man auch gleich jedem volljährigen Einwohner des zu bildenden Universitätsbezirks den ‚Volksbachelor‘ verleihen“, heißt es in Herings Aufsatz „Universitäten als Unternehmen“. Wie wenig aussagefähig sämtliche bisherigen Leistungskriterien sind, zeigt sich nach Herings Auffassung auch an den Drittmitteln. Die Leistung theoretischer, geisteswissenschaftlich arbeitender Forschung werde durch den Blick auf die Drittmittel nicht nur falsch, sondern überhaupt nicht gemessen. Originäre Forschungsleistungen wie Bücher, Aufsätze, Promotionen und Habilitationen hingegen blieben unberücksichtigt.

In den Naturwissenschaften sei die „Drittmitteljagd“ und deren Verlängerung schon zur Hauptbeschäftigung mancher Institutsdirektoren geworden. Außerdem bestehe die Gefahr, daß Ministerien erfolgreichen Drittmittelinstituten zur Kostensenkung die staatliche Grundfinanzierung irgendwann kürzten oder gar entzögen und sie damit in die Abhängigkeit von den Drittmittelgebern stürzten. Hering schont jedoch auch seine eigenen Kollegen nicht, denn er kann keine Koryphäen an den Universitäten erkennen, die zur Verteidigung ihrer Universität gegen ignorante Politiker das Wort erheben. „Wie kann es sein, daß sich, so in Niedersachsen geschehen, eine Hochschulleitung dafür hergibt, die erste revolutionäre ‚Bologna-Universität‘ durch Zwangsfusion ihrer Universität mit einer

Fachhochschule zusammenzuführen“, fragt der Betriebswissenschaftler. Seine ernüchternden Betrachtungen schließt er mit dem hoffnungsvollen Ausblick, daß die dekadente Phase, in der Modewörter wie „employability“ und Unfug wie „gender mainstreaming“ bei Politikern mehr gelten als wissenschaftliche Bildung nach Humboldt, nur eine Episode bleiben könne.

Heike Schmoll

Quelle: FAZ 114 vom 19.5.2005, S.14

Humboldt, der Amerikaner

Die deutsche Universität als Zerfallsprodukt ihrer Idee

Keine Universitätsrede kommt ohne Humboldt aus. Aber welcher Humboldt ist gemeint? Der Auswanderer Humboldt. Denn kein Rückblick auf die Zeit, als deutsche Universitäten noch Weltachtung genossen, verzichtet auf den Hinweis, gerade die damals, im neunzehnten Jahrhundert erfolgte Gründung der amerikanischen Forschungsuniversitäten – Stanford, Cornell, Johns Hopkins, Chicago – habe sich an der preußischen Universitätsreform um 1800 orientiert. Heute gelten alle diese Universitäten und ihre staatlich finanzierten Pendants, in Kalifornien etwa, Wisconsin oder Pennsylvania, als vorbildlich, im Gegensatz zu den hiesigen. Wäre es da nicht am einfachsten, das Modell zu reimportieren?

Gemessen an den klassischen Programmschriften für die deutsche Universität, steht sie heute tatsächlich nicht gut da. Ihrer Idee nach sollte es um Bildung durch Wissenschaft gehen. Heute hat man Schwierigkeiten, auch nur zu erklären, was universitäres Studium anderes sein soll als ein Versuch, Berufschancen zu maximieren. Bei Humboldt hieß es hingegen, der Unterricht auf Universitäten habe ganz der Erkenntnis zu dienen. Die gegenwärtige Durchsetzung der Bachelorstudiengänge führt jedoch dazu, daß sich die Differenz von Lehre und Forschung endgültig als Form der Universität etabliert: spezialisierte Schnellkurse und Überblicksveranstaltungen für die meisten, für den Rest vielleicht Humboldt.

Dieser hatte einen „freien mündlichen Vortrag“ gefordert, in dem Wissen nicht hererzählt, Forschung nicht einfach nur präsentiert wird, sondern Denken vorgeführt und der Erkenntnisvorgang selbst anschaulich gemacht wird. Fichte wünschte darüber hinaus eine „fortlaufende Unterredung“ zwischen Lehrer und Student. Die Wirklichkeit heute ist, von glücklichen Ausnahmen abgesehen, vielerorts die Vorlesung, in der vorgelesen wird, was auch nachgelesen werden könnte, weil es bereits publiziert ist. Die Wirklichkeit ist das Seminar, in dem Referate zum einen Ohr hinein- und zum selben wieder herausgehen. Und die Wirklichkeit der fortlaufenden Unterredung ist die Sprechstunde, Mi 10 bis 12 Uhr in Raum KL 32/1091, bei der sich der Student vorstellt, weil ihn der Dozent nicht kennt.

Allerdings wich die Wirklichkeit von der Idee schon am Ende des neunzehnten Jahrhunderts ab, als die deutschen Universitäten noch vorbildlich erschienen. Und auch schon damals war die Abweichung kaum zu vermeiden. Denn als Humboldt, Fichte und Schleiermacher von der Universität sprachen, hatten sie eine Wissenschaft vor Augen, die der heutigen wenig ähnelt. Sie ahnten weder etwas von naturwissenschaftli-

cher Forschung unter den Bedingungen hochgradiger Spezialisierung und Technisierung noch vom Bedürfnis moderner Nationalstaaten, immer größere Anteile der Berufswelt zu akademisieren. Sie ahnten also weder den Maschinenbau und die Betriebswirtschaftslehre noch das moderne Labor und die weltweit verknüpfte, also nicht *in*, sondern nur *an* der Universität stattfindende Forschung. Daß es für den Professor einmal unumgänglich sein würde, erhebliche Summen Geldes für Apparate einzutreiben, um überhaupt forschen zu können; daß Forschung die Verwaltung ganzer Mitarbeiterstäbe einschließt; daß die Universität zwischen einem Drittel und der Hälfte eines Geburtsjahrganges unterrichten soll – dies alles war weder vorgesehen noch vorstellbar. Von Rekrutierungsverfahren, die Fünfunddreißigjährige zur Notlüge zwingen, schon Ideen für hundert Aufsätze gehabt zu haben, ganz zu schweigen.

Wenn Idee und Wirklichkeit auseinanderfallen, muß das nicht gegen die Wirklichkeit sprechen. Immerhin könnte es ja sein, daß die Universitätsentwürfe um 1800 mit dem, was an Industriegesellschaft, Massendemokratie und wissenschaftlich-technischem Auflösungsvermögen erst noch entstehen sollte, einfach inkompatibel waren. Wenn das industrielle, demokratische und das technische Zeitalter eine andere als die ideale Universität verlangen, wird man sie ihnen dann nicht geben wollen?

Die gegenwärtige Bildungspolitik aller Parteien scheint diese Konsequenz zu ziehen. Für sie ist der Idealismus in Fragen der Bildung eine Form wirklichkeitsblinder Romantik und im Grunde ganz unverständlich geworden. Was man versteht und für funktionale Einrichtungen hält, sind außeruniversitäre Forschungsinstitute und Fachhochschulen. Also tut man alles, um die Universitäten den letzteren anzuverwandeln. Kein Beruf, von dem man sich nicht vorstellen kann, daß er durch ein universitäres Studium vorbereitet werden könnte. Nebenfachstudien sind im Rahmen der Bachelorabschlüsse nicht vorgesehen. Die der Universität zugemuteten Studentenzahlen lassen die Idee eines „forschenden Lernens“ in den meisten Fächern als Witz erscheinen. Für die Vorstellung, an der Universität finde Erziehung statt, die im amerikanischen College ebenso institutionalisiert ist wie im englischen Tutorialsystem, gilt dasselbe.

Soeben hat im Rahmen der „Berliner Lektionen“ der ehemalige Rektor der Universität von Stanford, Gerhard Casper den Zustand der deutschen Universitäten kommentiert. Dabei kam er auch darauf zu sprechen, was die amerikanischen Spitzenuniversitäten um 1890 herum von den deutschen gelernt hätten. Es waren nicht einfach die Postulate Humboldts. Vielmehr wurde aus dessen Forderung nach einer wissenschaftlichen Ausbildung der Eliten die Konsequenz gezogen, man brauche Spitzenforschung. Beim humanistischen Lehrplan

der „Liberal Arts Colleges“ und ihrer moralisch-allgemeinbildenden Erziehung konnte es darum nicht bleiben. Der Gegenbegriff zu Wissenschaft war also nicht, wie um 1800 in Deutschland, unfreies „Brotgelehrtentum“, sondern: nicht auf Forschung beruhendes und nicht zu Expertentum führendes Wissen. Wie hätten sich auch ausgerechnet Universitäten, die mit dem Geld von Eisenbahnmillionären wie Leland Stanford und Ezra Cornell gegründet wurden, einen Affekt gegen Nützlichkeit und Berufswelt ins Programm schreiben können?

Der Unterschied zwischen den damaligen Gründungen heute berühmter Universitäten und der gegenwärtigen Universitätsreform in Deutschland ist darum auch nicht durch den Gegensatz von Humboldt-Idealen und bloßem Wirtschaftskalkül zu beschreiben. Er liegt vielmehr darin, daß die Vereinigten Staaten es verstanden haben,

in beiden keinen Gegensatz zu sehen, sondern Elemente eines stark differenzierten Bildungssystems. Die Forschungsuniversität ersetzte nicht das College, sie ergänzte es. Zwischen Forschung und der Ausbildung für die Professionen wird ebenfalls institutionell innerhalb der Universität unterschieden. Niemand käme auf die Idee, aus Universitäten Fachhochschulen zu machen, nur weil Fachhochschulen, was niemand bestreitet, eine gute Sache sind. Die Stärke guter amerikanischer Universitäten liegt in ihrer Fähigkeit zur Integration unterschiedlicher Funktionen.

In Deutschland hingegen werden derzeit weder die humanistische Bildung noch die innovationsgetriebene Wissenschaft als Komponenten der Universität ernst genommen. Caspers Befunde unterstrichen das. Man schiebt in Deutschland immer mehr Abiturienten in die Hochschulen, kürzt diesen aber fortlaufend die Mittel dafür, den quantitativ wie qualitativ veränderten Lehrumständen Rechnung zu tragen. Die Universität Mainz beispielsweise hat heute 35 000 Studenten, zwanzig Prozent mehr als vor fünf Jahren. Wie könnte es der Wissenschaftsminister dieses Landes wagen, irgendeine Idee von Universität in Anspruch zu nehmen, wenn in derselben Zeit das dortige Personal um fünf Prozent reduziert wird? Man kann so etwas höflich „Unterfinanzierung“ nennen, aber auch einen kalten Zynismus, der Bildungsversprechen ablegt und zugleich dafür sorgt, daß sie nicht eingehalten werden können.

Doch nicht nur die Lehre, auch die Forschung leidet im Vergleich mit den Vereinigten Staaten. Denn „Einheit von Forschung und Lehre“ setzt mindestens voraus, daß Universitäten überhaupt relevante For-

schungseinrichtungen sind. In Deutschland wird alles getan, um die besten Wissenschaftler aus ihnen herauszuziehen. Eine ganze Armada von Einrichtungen außeruniversitärer Forschung steht bereit, interessante Wissenschaftler auf Karrierewege zu setzen, auf denen ihnen kaum mehr Studenten begegnen. Die Geringschätzung der Lehre in diesem Land ist ungeheuer, und die ebenso unkluge wie rücksichtslose Neigung vieler erfolgreicher Forscher, sich von der Lehre zu dispensieren, ist groß. Die Etats jener reinen Forschungseinrichtungen, die in den Max-Planck-, Helmholtz-, Leibniz- und Fraunhofer-Verbänden organisiert sind, sind überdies von den Sparzwängen der öffentlichen Haushalte weit weniger betroffen als die Universitäten.

Eine dritte Diagnose Caspers schließlich: Die deutsche Universität krankt daran, daß in ihr Demokratie gespielt wird. Das sorgt dafür, daß an manchen Universitäten mittwochs überhaupt nur Kommissio-

nen arbeiten. Nur hat die Universität so viel mit Demokratie zu tun wie eine Bank oder eine Fußballmannschaft – nämlich gar nichts. Die Studenten sind weder ihre Bürger, noch – das unterstrich Casper gegen einen anderen sachfremden Vergleich – sind sie ihre „Kunden“. Kunden werden nicht erzo-gen, belehrt und benotet.

Eine gute Universität hätte es nicht nötig, andere Organisationsmodelle zu beanspruchen, sie wäre selber eines. Humboldt und den Seinen schwebte ebendies vor, auch wenn sie nichts von den Bedingungen wußten, unter denen so etwas heute gelingen kann, weshalb ihre Schriften nur begrenzt informativ für eine gegenwärtige Universitätsverfassung sind. Eine gute Universität, so kann man Caspers Beschreibungen zusammenfassen, ist teuer, aber ihren Preis wert. Sie steht unter dem Primat der Forschung, was für die Lehre heißt, daß sie sich an Studenten wendet, die bereit sind, sich von Anfang an Forschungsanstrengungen zu unterziehen – wozu ihnen dann aber

auch die Gelegenheit gegeben werden muß. Die Universität wendet sich also nicht an alle. Und sie bedarf einer professionellen Verwaltung, die durchsetzungsfähig, also kooperationsbereit, nach außen wirtschaftsfreundlich und nach innen an der wissenschaftlichen Sache interessiert ist.

Eine gute Universität würde darum weder einem Priesterseminar oder der Berliner Universität von 1815 noch einem Max-Planck-Institut, einer Volkshochschule oder einem Managementkurs ähneln. Sie würde überhaupt nichts anderem ähneln als guten Universitäten ihrer Gegenwart. Die gibt es, als private wie staatliche, und es ist nicht zu begreifen, warum das von der deutschen Hochschulpolitik seit vierzig Jahren nur gewußt, aber nie berücksichtigt wird. Wo ist der Entscheidungsträger, der Leute wie Gerhard Casper, die wissen wovon sie reden, wenn es um gute Universitäten geht, nicht nur zu Vorträgen einlädt, sondern zur Umsetzung dieses Wissens?

JÜRGEN KAUBE

STELLENANZEIGEN



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Professorship in Biological Engineering

A professorship in Biological Engineering is available at the Institute for Chemical and Bioengineering in the Department of Chemistry and Applied Biosciences. Research will cover the broad area of biological or biomedical engineering of vertebrate cell and tissue systems. The successful candidate is expected to develop a world-class program of clinical and/or industrial relevance at the interface between life sciences and life technologies with major implications for health, disease, diagnostics, or therapeutics.

The selected candidate will be committed to research in an interdisciplinary environment. Teaching chemical engineering and biotechnology to both undergraduate and graduate students will be an integral part of the professor's responsibilities. Courses at Master level may be taught in English. A tenured position (full or associate professor) will depend on the applicant's qualifications and expertise.

Please submit your application together with curriculum vitae, a list of publications, and an outline of future teaching and research plans to the President of ETH Zurich, Prof. Dr. O. Kuebler, ETH Zentrum, CH-8092 Zurich, no later than September 15, 2005. With a view towards increasing the proportion of female professors, ETH Zurich specifically encourages female candidates to apply.

Assistant Professor (Tenure Track) in Biomechanical Engineering

The responsibilities of this professorship comprise research and teaching in the area of cellular and molecular biomechanics.

Candidates should have an established record of research in the investigation of mechanical influences on biological systems at the microscopic and submicroscopic level, for example dealing with aspects of mechanotransduction, functional phenomics, and tissue remodeling. They are expected to cooperate with partners inside and outside the university including the industry, be able to teach at all university levels, and to successfully lead a research group.

This assistant professorship has been established to promote the careers of younger scientists. The initial appointment is for four years with the possibility of renewal for an additional two-year period and promotion to a permanent position. Courses at Master level may be taught in English.

Please submit your application together with a curriculum vitae, a list of publications, and a list of research activities and projects to the President of ETH Zurich, Prof. Dr. O. Kübler, ETH Zentrum, CH-8092 Zurich, no later than September 15, 2005. With a view towards increasing the proportion of female professors, ETH Zurich specifically encourages female candidates to apply.